

Freihandel macht nicht frei, sondern abhängig

Isolda Agazzi, Spezialistin für Handels- und Investitionspolitik bei Alliance Sud, setzt sich dafür ein, dass das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) nicht zustande kommt. Im Interview mit dem WENDEKREIS erklärt sie, warum.

Interview: Nicole Maron_Foto: Frank Augstein / Keystone

WENDEKREIS: Frau Agazzi, im Juli wurde in Brüssel wieder intensiv über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) diskutiert: Vertreter der US-Regierung und der EU-Kommission haben eine weitere Verhandlungsrunde hinter sich gebracht; NGOs und Gewerkschaften dagegen haben das Abkommen kritisch unter die Lupe genommen. Wie sieht Ihr Fazit aus?

Isolda Agazzi: Die Vertreter von 150 NGOs und Gewerkschaften aus ganz Europa waren sich einig: Wir wollen verhindern, dass das TTIP zustande kommt. Denn die Auswirkungen, die dieses Abkommen haben könnte, sind weitreichend. Die Vorteile für die USA und die EU, von denen immer wieder die Rede ist, werden unserer Meinung nach vollkommen überschätzt. Dies belegen auch verschiedene Studien. Es ist von zwei Millionen neuen Jobs die Rede – doch in Wahrheit ist es gut möglich, dass ganz im Gegenteil eine Million Menschen arbeitslos werden.

Wie erklärt sich eine so gravierende Diskrepanz in den Voraussagen über die Folgen des TTIP?

Dass es in einer ersten Phase viele Arbeitslose geben wird, ist unbestritten – ganze Wirtschaftssektoren in den betroffenen Ländern werden geschwächt, wodurch auch Arbeitsplätze verloren gehen. Anders als die

Inhalte und Folgen des TTIP

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) ist ein Abkommen zwischen der EU und den USA, über das seit Juli 2013 verhandelt wird. Das Ziel ist, den In- und Export zu erleichtern, indem nicht nur Zölle abgebaut werden, sondern auch so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Zu diesem Zweck sollen Standards in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmerrechte und Datenschutz harmonisiert werden – dabei besteht die Befürchtung, dass die EU die tieferen Standards der USA übernimmt.

Die Befürworter des TTIP versprechen sich Wirtschaftswachstum, tiefere Arbeitslosenquoten und ein höheres Durchschnittseinkommen in den Teilnehmerstaaten. Das Abkommen wird jedoch weltweit von zahlreichen namhaften NGOs kritisiert, die davon überzeugt sind, dass keines dieser Versprechen eingelöst wird und das TTIP ganz im Gegenteil diverse negative Effekte hervorrufen würde. Nicht nur die Harmonisierung wird dabei heftig diskutiert, sondern auch die mögliche Privatisierung von Gemeingütern wie Wasser, Strom oder Service public. Im Bereich Umweltschutz ist vor allem die umwelt- und gesundheits-schädliche Erdgas-Fördermethode Fracking heikel, die mit dem TTIP auch in der EU legal werden könnte.

NGOs gehen die Befürworter des TTIP allerdings davon aus, dass die meisten innert kürzester Zeit eine neue Arbeit finden. Das ist aber unrealistisch, gerade weil die Arbeitslosigkeit sektorspezifisch sein wird: Man kann davon ausgehen, dass Länder wie Italien, Griechenland oder Frankreich der Konkurrenz mit den USA zum Beispiel im Agrarsektor

» *Grosskonzerne könnten verhindern, dass Staaten neue Standards in den Bereichen Umwelt oder Menschenrechte einführen.*

nicht standhalten – landwirtschaftliche Produkte würden vermehrt aus den USA und eben nicht mehr aus Südeuropa importiert. Die Bauern, die infolgedessen ihre Arbeit verlieren, müssen nachher in einem anderen Sektor arbeiten. Dies zieht Kosten für Umschulungen und oft tiefere Löhne nach sich. Auf einen Zeitraum von zwanzig Jahren gerechnet, stimmt es vielleicht, dass die Arbeitslosigkeit gesenkt wird – allerdings nach neusten Erkenntnissen nur minim. Doch kurz- und mittelfristig ist es wahrscheinlich, dass sie rapide ansteigt.

»

Die Leidtragenden des TTIP wären also die südlichen Länder der EU?

Ja – man kann davon ausgehen, dass der EU-interne Handel um dreissig Prozent abnehmen würde. Doch nicht nur Südeuropa ist betroffen – das TTIP hätte weltweite Auswirkungen. Studien gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt der «least developed countries» LDC – der ärmsten Länder der Welt – um drei Prozent sinken würde, da sie als Exportländer an Bedeutung verlieren, wenn anderswo billiger produziert werden kann. Genauso wie südliche oder östliche EU-Staaten würden die LDC der Konkurrenz nicht standhalten. Dasselbe gilt auch für Schwellenländer wie China, Indien oder Südafrika. Insgesamt ist das TTIP unserer Meinung nach klar darauf ausgerichtet, die USA und Nordeuropa zu stärken, und dies hat zur Folge, dass die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der EU, aber auch weltweit, noch weiter zunimmt.

Eine klare Verstärkung des globalen Ungleichgewichts zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer also. Doch wie sieht es auf der Seite des Konsumenten im Norden aus? Welche Auswirkungen hätte das TTIP auf die Produkte, die wir in Europa kaufen?

Es ist anzunehmen, dass es sehr grosse Auswirkungen hätte. Umwelt- und Gesundheitsstandards sind in den USA tiefer als in den meisten Ländern der EU. Das TTIP beruht aber auf einer Harmonisierung dieser Standards, was im konkreten Fall nichts anderes heisst, als dass entsprechende Einschränkungen in der EU gelockert werden, um den Import von amerikanischen Produkten zu ermöglichen. Es handelt sich dabei beispielsweise um genveränderte Nahrungsmittel oder um Geflügel, das mit Chlor desinfiziert wurde. Heikel ist, dass mit dem TTIP solche Produkte in der EU nicht nur verkauft werden könnten, sondern nicht einmal als solche deklariert werden müssten.



Isolda Agazzi, Spezialistin für Handels- und Investitionspolitik bei Alliance Sud.

Die Schweiz hat ein Freihandelsabkommen mit der EU und betreibt aufgrund dessen auch regen Import. Müssten wir im Fall eines Zustandekommens des TTIP befürchten, dass Genmais und Chlorpoulets auch hier verkauft würden?

Das ist schwierig zu beurteilen, und auch die Experten sind sich darüber nicht einig. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat eine Studie in Auftrag gegeben, die gezeigt hat, dass das TTIP nur wenige Auswirkungen auf die Schweiz hätte – zumindest solange sie dem Abkommen nicht selbst beitrifft. Man kann davon ausgehen, dass die Schweiz ihre Importe auf Grund der hierzulande gültigen Standards gut kontrollieren kann.

Sowohl die Befürworter als auch die Gegner des TTIP argumentieren oft mit Studien, die die Auswirkungen vorhersagen. Sind das alles nur Spekulationen?

Es ist in der Tat so, dass niemand weiss, welche Auswirkungen das TTIP wirklich hätte. Abgesehen von den Studien gibt es aber Erfahrungswerte im Zusammenhang mit anderen Freihandelsabkommen, die bereits realisiert wurden. Beim NAFTA, dem Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko zum Beispiel wurde eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um elf Prozent und eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 16 Prozent vorhergesagt – Analysen im Nachhinein stellten aber fest, dass die Zunahme von beiden Werten vernachlässigbar klein war. Ebenso ging man von zwanzig Millionen neuen Jobs aus, doch das Gegenteil war der Fall: Eine Million Menschen verlor allein im Sektor Getreideproduktion ihre Arbeit – um später Anstellungen zu tieferen Löhnen in amerikanischen Betrieben zu finden. Das sind Mechanismen, die wir auch beim TTIP befürchten müssen.

Ganz abgesehen von den Folgen für Produzenten und Konsumenten kritisieren viele NGOs auch, dass die

TTIP-Verhandlungen geheim geführt werden. Demokratische Instanzen wie das EU-Parlament oder die Parlamente der einzelnen Länder sind nicht beteiligt. Wer bestimmt über den Inhalt der Verträge?

Verhandlungspartner sind einzig die US-Regierung und die EU-Kommission. Bis im Internet unautorisiert interne Papiere veröffentlicht wurden, hatte die Öffentlichkeit keinerlei Kenntnisse über die Inhalte der Verhandlungen. Im Gegensatz dazu haben Konzerne massgeblichen Einfluss auf Vertragstexte – damit werden wirtschaftliche Interessen über demokratische Prozesse gestellt. Die Konzerne sind es auch, die ein Interesse an der Einrichtung von so genannten Schiedsgerichten haben. Diese können anders als nationale Gerichte nicht von höheren Instanzen überwacht werden, Entscheide sind praktisch nicht anfechtbar.

Wozu dienen diese Schiedsgerichte?

Es geht um Fälle, in denen Konzerne Staaten anklagen, weil beispielsweise durch Umweltauflagen künftige Gewinne geschmälert würden. Prominentes Beispiel ist die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall, der Deutschland wegen des geplanten Atomausstiegs verklagte – und 3,5 Milliarden Euro Schadenersatz fordert. Im Endeffekt könnten Grosskonzerne mit Klagen verhindern, dass Staaten neue Standards in den Bereichen Umwelt oder Menschenrechte einführen. ■

Die europäische Bürgerinitiative «Stop TTIP», die Unterschriften gegen das TTIP sammeln wollte, wurde von der Europäischen Kommission abgelehnt. Die Begründung lautet, die Verhandlungsmandate zu TTIP und zum CETA seien keine Rechtsakte, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen und durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar. Andere Unterschriftensammlungen gegen das TTIP laufen noch, zum Beispiel unter:

→ www.freihandelsabkommen.at